



Biel scheint sein Negativimage definitiv losgeworden zu sein und wird vom Heimatschutz für eine vorbildliche, qualitative Stadtentwicklung gerühmt. (Bild Edouard Rieben)

Aufwertung des öffentlichen Raums

Wakker-Preis 2004 des Heimatschutzes für die Stadt Biel

Für beispielhaftes Engagement zugunsten einer qualitativen Stadtentwicklung zeichnet der Schweizer Heimatschutz die Stadt Biel mit dem Wakker-Preis 2004 aus. Er würdigt damit insbesondere die vorbildliche Aufwertung des öffentlichen Raums sowie den Umgang mit der Baukultur des 20. Jahrhunderts. Nicht zuletzt das starke Engagement für die Expo 02 hat der Stadt an der Sprachgrenze zu einer neuen Dynamik verholfen.

kfr. Biel, 16. Juni

Lange Zeit galt Biel als Stadt in der Krise, und viele Bieler litten unter dem Negativimage. Heute ist es anders; die «Stadt der Kommunikation» hat es verstanden, sich einen anderen, besseren Ruf zu verschaffen. Zwar ist nicht zu bestreiten, dass die exportorientierte Wirtschaft, namentlich die Uhrenindustrie, häufiger als anderswo Opfer von Schwierigkeiten wurde, aber gerade deswegen zeichnet Biel die Fähigkeit aus, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Obwohl der jüngste wirtschaftliche Einbruch zeitigte – die Einwohnerzahl verharrt bei rund 50 000, es gibt noch etwa 32 000 Arbeitsplätze in 3000 Unternehmen, und die Arbeitslosenquote liegt bei 5,3 Prozent –, überwiegen wieder die positiven Meldungen. Die Verleihung des Wakker-Preises 2004 durch den Schweizer Heimatschutz (SHS) ist eine davon. Urkunde und Preissumme werden der Stadt im Rahmen eines festlichen Anlasses am Samstag, 19. Juni, überreicht.

Zeugen der Zeit des «roten Biel»

Biel besitzt sowohl eine mittelalterliche Altstadt als auch Stadtteile, die als «modern» eingestuft werden. Die Altstadt hat ihr Erscheinungsbild weitgehend beibehalten, denn mit dem Beginn der Industrialisierung Mitte des 19. Jahrhunderts wuchs das um 1230 gegründete Biel vor allem ausserhalb der Stadtmauern. Namentlich unter Stadtpräsident Guido Müller (von 1921 bis 1947 im Amt) veränderte sich das Gesicht der Stadt. Zu den Zeugen der Zeit des «roten Biel» gehören das gesamte Bahnhofquartier, das zwischen 1929 und 1945 nach dem Gesamtkonzept von Stadtbaumeister Otto Schaub und nach strengen Sonderbauvorschriften – mit Flachdachobligatorium – errichtet wurde, das Strandbad und die Gebäude der 1934 angesiedelten General Motors. Ein wichtiges Symbol der damaligen Arbeiterbewegung und ein herausragendes Beispiel der Bieler Moderne ist zudem das Volkshaus. Es wurde ab 1930 nach den Plänen von Architekt Eduard Lanz erstellt und 1986 bis 1989 renoviert.

Das Volkshaus ist nach einem Konkurs von der Stadt übernommen worden. Nachdem sie von der Rezession und der Krise der Uhrenindustrie mit voller Wucht getroffen worden war – sie hinterliessen zahlreiche Industriebrachen –, besann sich die Stadt auf die frühere Politik der Siedlungsentwicklung, auf ein Merkmal des «roten Biel». Die aktive Landerwerbspolitik führte dazu, dass heute ein Viertel des überbaubaren Gemeindegebiets im Besitz der Stadt ist. Die Abgabe von Land im Baurecht verschafft ihr die Möglichkeit, Einfluss auf die Bauentwicklung zu nehmen. Das ist auch ein Grund für die Preisgabe durch den SHS: Die konsequente Durchführung von Wettbewerben bei eigenen Neubauvorhaben garantiert eine überdurchschnittliche Qualität der Architektur, und die Unterstützung von Privaten zeige, dass Wettbewerbe ein geeignetes Mittel zur Steigerung der qualitativen Gestaltung seien.

Erhaltung der vorhandenen Bausubstanz

Die Revision der Nutzungsplanung (in Kraft seit 1999) förderte Vorhaben zur Verbesserung der Siedlungsentwicklung. Das Projekt «Attraktivierung Innenstadt» will der Konkurrenzierung von Geschäften durch ein Einkaufszentrum im Bözingenfeld begegnen. Mit der Ausfüllung von Baulücken, dem Bau von Parkhäusern und der Renovation der vorhandenen Bausubstanz soll einerseits die Achse Bahnhof - Zentralplatz - Altstadt aufgewertet und andererseits die Verbindung zum See hergestellt werden. Das Ergebnis ist beachtlich: Die Fussgängerzone Nidaugasse konnte realisiert werden, der Zentralplatz wurde neu gestaltet (wenn auch nicht nach dem ursprünglichen Projekt), einheitliche Gestaltungselemente setzen

städtebauliche Akzente. Demnächst wird auch der Bahnhofplatz ein neues Aussehen erhalten.

An der Zentralstrasse steht das Kongresshaus. Das nach einem Entwurf des Bieler Architekten Max Schlup 1961 bis 1965 erstellte und von 1998 bis 2002 sanierte Gebäude beschreibt ein Falblatt des SHS zur Verleihung des Wakker-Preises als «grosstädtisch, dynamisch und expressiv» und als «Symbol für die Aufbruchstimmung in den späten 1950er Jahren». Zur Bauzeit galt die Konstruktion aus Stahlkabeln und Fertigelementen als grösstes aufgehängtes Dach aus Beton in Europa. Es ist nun zusammen mit anderen ein Beispiel für die Erhaltung und die Aufwertung der Baukultur des 20. Jahrhunderts.

Expo 02 – genutzte Chance

Der Prospekt «Baukultur entdecken» lädt dazu ein, auf einem Rundgang durch die Stadt rund 20 architektonische Perlen zu besichtigen. Einige davon verdankt Biel der Expo 02, einem wichtigen Motor der neuen Dynamik, der vor allem von Stadtpräsident Hans Stöckli auf hohen Touren gehalten wurde. Zwar empfanden nicht wenige Bieler die Landesausstellung eher als Last denn als Lust (zumindest im Vorfeld), vor allem wegen der erwarteten Besucher- und Verkehrsströme. Doch bescherte die Expo der Stadt auch die Eröffnung des Ostastes der A 5 und einen neu geschaffenen Zugang vom Bahnhof zum See mit dem Robert-Walser-Platz. Während der Expo strömten hier Tausende vorbei, heute wirkt der Platz oft leer. Das wird sich ändern, wenn weitere Bauten realisiert sind. Ebenfalls in jüngerer Zeit und auf die Landesausstellung hin entstanden sind das mit dem Atu-Prix des Kantons Bern ausgezeichnete Bahnhofparking und der Kopfbau.

Biel hat die einmalige Chance zur nachhaltigen Veränderung des Bildes, das man sich vor der Expo 02 von der Stadt machte, genutzt. Dieselbe

Verstaatlichte Hilfsbereitschaft?

Wie nachhaltig ist erzwungener Altruismus?

Von Robert Nef, Zürich

Die Bereitschaft, einander zu helfen, zu schützen und zu fördern, gehört zu den Voraussetzungen einer funktionierenden Gemeinschaft. Sie figuriert deshalb auch in politischen Programmen unter der Rubrik Sozialpolitik ganz oben und gehört dort zu den populären Postulaten. Keine Partei und auch keine gemeinnützige Organisation will auf sozialpolitische Forderungen an den Staat ganz verzichten. Die Unterschiede liegen in Dosierung und Gewichtung, gemäss denen «mehr Staat» gefordert wird. Caritas, eines der grossen gemeinnützigen Hilfswerke der Schweiz, verpasst in öffentlichen Verlautbarungen kaum eine Gelegenheit, auf die Notwendigkeit eines Ausbaus staatlicher Sozialpolitik hinzuweisen. Glaubt sie selbst nicht mehr an die spontane «caritas», eine der christlichen Tugenden? Wenn der Staat hilft, schützt und fördert, geschieht dies immer durch bezahlte Funktionäre auf Kosten von Steuerzahlern, die möglicherweise spontan weniger hilfsbereit wären oder andere Prioritäten gesetzt hätten. Man kann also über die Steuerpflicht zunächst einmal für Soziales zusätzliche Mittel mobilisieren. Darum ist die Forderung nach staatlicher Hilfe stets auch wesentlich populärer als der Appell an die persönliche Hilfsbereitschaft. Die eigene Hilfsbereitschaft wird nämlich dadurch zunächst ergänzt und verstärkt. Letztlich lässt sie sich aber, so wird spekuliert, auf die Dauer auf Dritte abwälzen, von denen man annimmt, sie seien dadurch weniger beeinträchtigt. Diese Dritten meint man nämlich, wenn man

Auszug aus dem Ghetto?

Die Waadtler CVP stellt das «hohe C» zur Disposition

C. Bi. Lausanne, 16. Juni

In der Waadt fristet die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) seit je ein Mauerblümchendasein. Dieser Kanton mit seiner solid freisinnig-liberalen und antiklerikalen Tradition ist und bleibt für eine Partei, die aus dem katholischen Milieu herausgewachsen und mit ihm immer noch verwachsen ist, ein karger Boden. Traditionell ruht die hiesige CVP eigentlich auf zwei – schwachen – Pfeilern. Einerseits besitzt sie eine kleine regionale Basis im konfessionell gemischten Bezirk Echallens im Hinterland von Lausanne (Gros-de-Vaud), der einst eine gemeinsame Herrschaft von Bern und Freiburg war und in dem deshalb schon immer eine Art konfessioneller Parität praktiziert wurde: Beide Konfessionen sind hier gleich, die reformierte allerdings etwas gleicher als die katholische. Und andererseits besitzt die CVP einen christlichsozialen Flügel, der sich früher vor allem im städtischen Milieu rekrutierte, unter zugezogenen Arbeitern und Kleingewerblern aus Freiburg, dem Wallis und dem Jura. Alles in allem zu wenig, um zu leben – und zu viel, um zu sterben.

Allerdings ist die CVP Waadt auch eine politische «Hungerkünstlerin» erster Güte, eine wahre Virtuosa im Überleben. Obwohl sie aufgrund ihrer Stammwählerschaft kaum mehr ins Gewicht fällt, konnte sie sich in den letzten Jahren immer wieder in den Nationalrat «mogeln», und zwar dank prominenten Quereinsteigern wie dem Radiojournalisten Jean-Charles Simon und dem ETH-Professor und Medienstar Jacques Neyrinck. Bei den letzten eidgenössischen Wahlen musste der viel wissende und wendige Altmeister jedoch seinen Sitz abgeben. Dabei ist er dank dem Film «Mais im Bundeshaus» inzwischen sogar in der Deutschschweiz zu einem Begriff geworden. Auch auf kantonaler Ebene schlafwandelt die CVP haarscharf dem Abgrund entlang. Im Grossen Rat bringt sie es gerade noch auf 2 von 180 Sitzen, und in der Kantonsregierung war sie noch nie vertreten.

Nicht viel besser sieht es in der Kantonshauptstadt Lausanne aus. Zwar belegte die CVP einst in der Lausanner Stadtxekutive einen Sitz. Doch ihr letzter Stadtrat, Roger Mugny, wurde 1977 vom radikalen Platzhirschen und Stadtpräsidenten Jean-Pascal Delamuraz aus der Stadtregierung verschleudert, um den Grünen Platz zu machen. Mugnys Neffe Patrice politisiert jetzt bei den Genfer Grünen. Die CVP ist in Lausanne seither mehr oder weniger unsichtbar. Dennoch gelang es ihr bei den letzten städtischen Wahlen, fünf Sitze im Parlament zu erobern – dank einer Listenverbindung mit der SVP. Dies mag von der eidgenössischen Warte aus besehen ziemlich überraschend sein, zumal diese Listenverbindung als «Voie du centre», als Stimme der Mitte, firmierte; aber schliesslich bezeichnet sich die Partei von Christoph Blocher in der Romandie auch heute noch als «Union démocratique du centre», UDC, als demokratische Zentrumsparterie. Inzwischen ist freilich auch in der Waadt die Har-

monie zwischen CVP und SVP zerbrochen. Jedenfalls sind vier CVP-Gemeinderäte aus der Fraktion «Voix du centre» ausgetreten. Sie versuchen nun, eine eigene CVP-Fraktion auf die Beine zu stellen, was aber rechtliche Probleme aufwirft.

Wie man sieht, braucht es also in der Waadt schon einige Überzeugung, ein bisschen Kühnheit, viel Ehrgeiz oder möglicherweise sogar einen Schuss Masochismus, um bei der CVP zu politisieren. Nun aber will die Partei, wie die Tageszeitung «24 heures» ankündigt, einen x-ten Neustart versuchen. Ihr neuer Präsident, der Tessiner Michele Mossi, sprudelt vor Ideen. Der 34-jährige Ingenieur, dessen an der ETH Lausanne domizilierte Firma Geste Engineering das Projekt Swissmetro bearbeitet, möchte sich unter anderem in Verkehrsfragen, der Gesundheitspolitik und in der Ausländerpolitik mit neuen Vorschlägen profilieren. Nicht zuletzt will er den Kontakt mit den – auf Gemeindeebene wahlberechtigten – Ausländergruppen pflegen. Demnächst soll die Partei, wie er uns im Gespräch verrät, ein ausländisches Vorstandsmitglied bekommen. Zudem sind die 300 Parteimitglieder daran, über den Parteianamen nachzudenken. Dabei geht es in erster Linie um die Frage, ob das «hohe C» aufgegeben werden soll. Natürlich berufe sich die Partei auf christliche Werte und die Menschenrechte, sagt Mossi, doch wolle sie für Menschen aus allen religiösen Milieus attraktiv und offen sein. In den nächsten Tagen werden die Resultate der internen Konsultation bekannt.

Freilich kann man sich fragen, ob es sinnvoll sei, genau das aufzugeben, was Identität und Tradition dieser Partei symbolisiert. Oder um es in Marketingchinesisch auszudrücken: Soll eine Institution, die sich in einer Identitätskrise befindet, ausgerechnet auf ihre klassische USP (Unique Selling Proposition) verzichten? Die Vorstellung, die CVP könnte – wie die CDU in Deutschland – zu einem grossen Sammelbecken auch für Leute werden, die nicht aus einem katholischen oder christlichen Umfeld stammen, scheint in der Schweiz wenig realistisch; seit sich die alte Katholisch-Konservative Partei in CVP umfirmierte, ist ihr das nie richtig gelungen. Und die Bezeichnung «Partei der humanistischen, von christlichen Werten inspirierten Mitte» dürfte auch nicht gerade sehr zugkräftig sein. Würde die CVP Waadt ihr C abgeben, stellte sich also immer noch die Frage, wie die Partei künftig heissen soll. Parteiintern zirkuliert eine Idee: Eigentlich sollte man sich «Union démocratique du centre» nennen. Fragt sich nur, ob die SVP bereit ist, in einem Akt christlich inspirierter Bruderliebe ihren welschen Markennamen der CVP zu überlassen – die SVP ist ja nicht gerade dafür bekannt, dass sie anderen Parteien Geschenke macht. Doch andererseits könnte die rechtsbürgerliche Volkspartei damit ihren welschen Namen, eine Altlast aus den zentralistischen Ogi-Jahren, endlich entsorgen. Vielleicht sollte dieses Tauschgeschäft doch ernsthaft in Betracht gezogen werden.

Berufungsverhandlung im Fall Leukerbad

Sitten, 16. Juni. (ap) Vor dem Walliser Kantonsgericht beginnt am Montag die zweite Auflage des Prozesses gegen die Verantwortlichen des Finanzdebakels von Leukerbad. Die Berufungsverhandlung dauert voraussichtlich drei Tage. Hauptanklagter ist der ehemalige CVP-Nationalrat und Gemeindepräsident von Leukerbad, Otto Loretan. Zur zweitinstanzlichen Gerichtsverhandlung kommt es, weil der Staatsanwalt und alle vier Verurteilten das Urteil des Kreisgerichts Oberwallis angefochten haben. Der Staatsanwalt macht geltend, dass der Deliktbetrag bei dem durch Loretan und den Architekten begangenen Betrug höher ist als vom Kreisgericht genannt. Zudem will er, dass Loretan und der Architekt auch wegen Steuerbetrugs verurteilt werden. Für Loretan fordert er zudem einen Schuldspruch wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung. Loretans Verteidiger will für seinen Mandanten mit der Berufung einen vollen Freispruch erreichen. Der Verteidiger des Architekten will für seinen gesundheitlich angeschlagenen Mandanten einen bedingten Strafvollzug erreichen. Der 58-jährige Loretan war am 1. Dezember 2003 in erster Instanz als Hauptverantwortlicher des Finanzdebakels von Leukerbad wegen mehrfachen Betrugs, mehrfacher ungetreuer Geschäftsführung und mehrfacher ungetreuer Amtsführung sowie wegen Urkundenfälschung zu viereinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Sein früherer Baumeister und Architekt wurde mit einer zweieinhalbjährigen Zuchthausstrafe bedacht.

Anzeige

Subskription
BORDEAUX 2003
www.pierre-wyss.ch
 Die beste Adresse! © 026 425 84 10